



Tagungsbericht

Koalitionsregierungen in den Ländern und Parteienwettbewerb

Benedict Kellerer

Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung
von 24. bis 26. Februar 2010
im Bildungszentrum Kloster Banz

Datei eingestellt am 4. März 2010 unter
[www.hss.de/downloads/
100224-26_TB_Koalitionsregierungen.pdf](http://www.hss.de/downloads/100224-26_TB_Koalitionsregierungen.pdf)

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).
In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Der föderalistische Aufbau ist eines der zentralen Prinzipien der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Den Koalitionen und Parteien auf Länderebene kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Mit dieser Thematik befasste sich daher eine Expertentagung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit Prof. Dr. Roland Sturm von der Universität Erlangen-Nürnberg vom 24. bis 26. Februar 2010 im Bildungszentrum Kloster Banz. Dabei wurden die Koalitionsregierungen in den Ländern und der Parteienwettbewerb genauer betrachtet. Konzept dieser Tagung war es, die wissenschaftliche Theorie mit der politischen Praxis zu verbinden.

Einleitend versuchte **Prof. Dr. Roland Sturm** den bisherigen Forschungsstand kurz zu umreißen. So sieht er die Forschung zur Mehrebenenpolitik in allen drei Politikdimensionen bereits weit fortgeschritten, es fehle allerdings eine umfassende Theorie, welche die einzelnen Dimensionen zusammenbringe. Gleichzeitig seien kaum Arbeiten vorhanden, welche das Verhältnis zwischen Bund und Ländern beschreiben und wie es sich zwischen den einzelnen Politikdimensionen gestaltet. Dazu könne man eine Vielzahl von Hypothesen aufstellen, die einer genaueren Untersuchung bedürften. Betrachtet man etwa die staatliche Verfassungsordnung, so könnte eine stärkere Beanspruchung der Ressourcen durch eine kritische Masse von Politikfeldern in regional unterschiedlicher Weise und eine stärkere Verlagerung der Entscheidungen in den Politikfeldern in den Parteienwettbewerb zu einer dezentraleren politischen Ordnung führen. Auch das Parteiensystem könnte sich stärker regionalisieren je stärker die verfassungsrechtliche Stellung der Länder und je umstrittener eine große Anzahl von Politikfeldern ist. Je stärker daher auch die Verfassungsordnung und das Parteiensystem dezentralisiert ist, desto wahrscheinlicher ist eine regional angepasste Lösung für politische Probleme in allen Politikfeldern. Sturm betonte, dass keine dieser Hypothesen bereits einer Prüfung unterzogen wurden, sondern es noch einer genaueren Untersuchung bedürfe, deren Ausgangspunkt nicht zuletzt diese Tagung sein könnte.

Der erste Abschnitt der Tagung beschäftigte sich mit dem Thema Agenda Setting in Bund und Ländern und der Frage wie groß die Interdependenzen sind. Dazu wurden zwei Politikfelder genauer untersucht, die einen Einblick in das Zusammenspiel von Bund und Ländern geben sollten.

Prof. Dr. Josef Schmid von der Universität Tübingen betrachtete dazu die Interdependenzen in der Arbeits- und Sozialpolitik. Er konstatierte, dass die Rolle der Länder auf diesem Politikfeld in den letzten Jahren zunehmend wichtiger wurde. „Im Schatten des Bundes haben die Länder seit Beginn der 90er Jahre eine Reihe innovativer Programme entwickelt und umgesetzt.“ Anfänglich konzentrierte sich die Arbeitspolitik der Länder berufliche Bildung, Beschäftigungsmaßnahmen und direkte Arbeitsplatzbeschaffung durch Industrieansiedelung. Seit 2002 findet jedoch ein Wandel in der Arbeitsmarktpolitik der Länder hin zu „Wachstum, Differenzierung und Anpassung“ statt. Schmid sieht hier eine Entwicklung zur Balkanisierung, die sich gegen den ansosten dominierenden Trend zur Unitarisierung von Politikfeldern stellt. Auf dem Feld der Arbeits- und Sozialpolitik finde somit eine „Anhäufung der Macht auf der mittleren Organisationsebene statt“.

Blickt man auf die einzelnen Politikdimensionen so ergibt sich für den Bereich der polity ein „Doppelsonnensystem“, bei dem sich die Länder um die EU und den Bund anordnen und somit wechselseitige Interdependenzen entstehen. Da die Länder komplementäre Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik ergreifen

entstehen wiederum föderalismus- und finanzpolitische Abhängigkeiten, die den Ministerpräsidenten der Länder eine starke Stellung einräumen.

Betrachtet man die Dimension der policy so kann man sowohl für die Arbeitsmarktpolitik der Länder als auch des Bundes Stärken und Schwächen erkennen, die auch die generellen Argumente für oder gegen eine stärkere Unitarisierung widerspiegeln.

Bezogen auf die Dimension der politics stellt sich die Frage „do parties matter?“. Schmid vergleicht dazu die Rolle der Parteien und politischen Unternehmer mit der des „modernen Fürst und des kleinen Pfalzgrafen“. Aufgrund seiner Untersuchungen in Zeiten einer SPD-Regierungsbeteiligung und dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen kann Schmid die erste Frage klar mit „ja“ beantworten. Hinsichtlich der Rolle von Parteien und Personen kommt er zu dem Schluss, dass Parteien kaum als Scharnier zwischen den Ebenen wirken können, sondern diese Aufgabe vielmehr den Abteilungs- und Referatsleitern zufällt, die daher als politische Unternehmer tätig sind. Daher ist Wissen der bedeutendste Machtfaktor nicht nur in der Bund-Länder-Konkurrenz.

Das zweite Politikfeld, welches genauer betrachtet wurde, war die Bildungspolitik von Bund und Ländern. Dazu stellte **Prof. Dr. Ursula Münch** von der Universität der Bundeswehr in München fest, dass es zu viele unterschiedliche Politikmuster innerhalb der Länder gäbe und somit die Bildungspolitik als Ganzes nicht zu erfassen sei. Im Bereich der Schulpolitik haben sich in den letzten Jahren vor allem aufgrund der Ergebnisse der PISA-Studie deutliche Änderungen ergeben. Durch internationale Organisationen wie etwa die OECD wird die Politikdiffusion durch Themensetzung, Handlungsempfehlungen und Politikkoordination weiter verstärkt. Dennoch ist ein direkter Politiktransfer zwischen Bund und Ländern vorhanden. Handlungskoordination entsteht entweder durch die Kohäsion der Länder oder aber durch strukturelle Äquivalenz also zum Beispiel ähnlicher Tendenzen bei der Entscheidung für oder gegen den Ausbau von Gesamtschulen bei Ländern mit ähnlichem Finanzrahmen. Trotz der großen Unterschiede in der Bildungspolitik gibt es einige wenige Bereiche, wie etwa den Hochschulzugang, in denen eine Angleichung notwendig ist. Meist geschieht dies durch einen institutionalisierten Politiktransfer wie etwa die Kultusministerkonferenz. Dennoch ist in der Schulpolitik kein einheitliches Diffusionsmuster zu erkennen. Betrachtet man den Wettbewerb, so herrscht zwischen den Ländern vielmehr ein Ideenwettbewerb als ein Verdrängungswettbewerb.

Den Abschluss dieses Themenblock bildete der ehemalige Bayerische Ministerpräsident **Dr. Günther Beckstein**, MdL, mit einem Vortrag über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern und die Frage wie unabhängig Länder Politik betreiben können.

Nach wie vor besteht eine starke Vermischung der beiden Ebenen, dennoch machte man mit der Föderalismusreform I aus dem Jahre 2006 einen wichtigen Schritt zu mehr Wettbewerbsföderalismus. Die Zustimmungspflichten wurden reduziert, die Länder besitzen nun einen autonomen Bildungs- und Hochschulbereich sowie ein eigenes Dienstrecht. Gleichzeitig wurden die Mischfinanzierung abgebaut und mehr Zuständigkeiten für die Länderparlamente geschaffen. Eher unbefriedigend bezeichnete Beckstein die Ergebnisse der Föderalismusreform II. Allein die Schuldenbremse sei positiv zu bewerten, deren Umsetzung er allerdings noch für schwierig hält.

In der Praxis besitzen die Länder sehr starke Mitwirkungsrechte durch das Veto-Recht innerhalb der Koalition. Es sind allerdings auch informelle Mitwirkungsrechte durch institutionalisierte Treffen der einzelnen Ressortminister

der Länder wie etwa die Innen- und Kultusministerkonferenz gegeben. Gleichzeitig sichern auch viele informelle Treffen zwischen Bund- und Ländervertretern den gegenseitigen Einfluss. Die Politik wird dominiert von sich ständig verändernden Machtverhältnissen, die keine festen Grenzen besitzen.

In den zentralen Medien sieht Beckstein ein Problem des Föderalismus in Deutschland und gibt auch zu bedenken, dass regionale Medien für das Ansehen einer Partei von nur geringer Bedeutung sind. Ähnliches gelte für die Themen der Europäischen Union, die in den Medien fast keine Rolle spielen.

Trotzdem werden die Unterschiede zwischen den Ländern bleiben, da in den einzelnen Bundesländern eine unterschiedliche Bereitschaft vorherrscht, sich dem Bund unterzuordnen. Dies benötigt einen hohen Koordinierungsaufwand, einen leistungsfähigen Beamtenapparat und am Ende eine starke Funktion der Staatskanzlei.

Der zweite Themenblock beschäftigte sich mit dem Koalitionsmanagement in den Ländern und Koalitionsparteien im Wettbewerb und betrachtete die Länder Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen näher.

Dr. Markus Müller von der Universität Erlangen-Nürnberg referierte über Koalitionsmanagement in Baden-Württemberg und zeigte zu Beginn zwei Strategien zur Koalitionsbildung auf. Bislang wurde immer die risikoaverse Strategie gewählt und eine Koalition aus CDU und FDP/DVP gebildet. Dennoch gebe es auch eine risikoaffine Variante mit einer schwarz-grünen oder auch einer Jamaika-Koalition. Zwar beinhaltet diese Strategie ein höheres Potential an Aufmerksamkeit und Profilierungsmöglichkeiten, es ist allerdings auch ein gewisses Risiko der Akzeptanz der Stammwählerschaft vorhanden.

In Baden-Württemberg besteht seit 1996 eine Koalition aus CDU und FDP/DVP, die mittlerweile ihre Stabilität auch jenseits von Personen besitzt.

Stabilität erwächst allgemein aus Vertrauen aber auch auf der Professionalität der Akteure, also der Kompromissfähigkeit oder auch dem Umgang mit Gewinnen und Verlusten sowie der Fähigkeit zur Separation, also der Fähigkeit Politikbereiche exklusiv dem Koalitionspartner zu überlassen. Koalitionsverträge sind laut Müller daher auch nur „unvollständige Verträge“ und kein Ausdruck von Vertrauen sowie kein Instrument zum Gewinnen von Vertrauen. Vielmehr ist Koalitionsmanagement ein „Erfordernis der Mediendemokratie“. Die Entscheidungsfindung einer Koalition verläuft daher nicht immer nach Konsens, sondern vielmehr werden dem Koalitionspartner auf gewissen Gebieten Profilierungschancen zugesprochen. Gleichzeitig sieht Müller allerdings auch eine „Effizienzprofilierungsparadoxie“ wie er das Spannungsverhältnis zwischen Effizienz der Koalition und Profilierung eines Einzelnen oder einer Partei beschreibt, welches zum einen durch Parteitage aber auch durch Koalitionsausschüsse entschärft werden kann.

Für die Zukunft hält Müller weiterhin die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition aber auch eine Alleinregierung der CDU für möglich.

Seit der Landtagswahl 2008 herrscht in Bayern eine neue Situation vor. Nach Jahrzehnten der Alleinregierung muss die CSU eine Koalition mit der FDP eingehen. Von den schwierigen Koalitionsverhandlungen und der aktuellen Situation konnte **Staatsminister a.D. Eberhard Sinner**, MdL, berichten. Aus seiner Sicht hatte die CSU zwei schwierige Schritte zu vollziehen, zum einen die Bildung der Koalition mit der FDP aber auch die Suche nach einem neuen Ministerpräsidenten. Während der Sondierungsgespräche mit den Liberalen taten sich nicht nur programmatische Differenzen auf, sondern auch Unterschiede

bezüglich des politischen Personals, da die FDP über wenig erfahrene Parlamentarier verfügte und die CSU mit einer neuen Situation bei der Verteilung von Zugriffen auf Ämter konfrontiert war. Gleichzeitig trafen während der Verhandlungen ein Regierungs- und ein Wahlprogramm aufeinander, was die Konsensfindung nicht wesentlich erleichterte. Auch Sinner betonte den Aspekt des Vertrauens innerhalb der Koalition und das Dilemma zwischen Effizienz und Profilierung. Dennoch mussten immer die Kernprojekte einer Koalition erkennbar bleiben. Bei der Vergabe der Posten habe die FDP mit dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsministerium sehr gut abgeschnitten, was zu ihrer Profilierung auf diesen Gebieten beigetragen habe. Durch den Vertrag von Lissabon sieht Sinner nun auch noch weitere Potentiale in einer besseren Vernetzung mit Berlin oder Brüssel gegeben, die durch effektives Koalitionsmanagement auch genutzt werden sollten.

Zwar erkennt Sinner auch durch die Entwicklung von Protestparteien einen Erosionsprozess der Volksparteien, er sieht sie allerdings immer noch „in der Nähe der absoluten Mehrheit“. In Zukunft müsse man sich also die Frage stellen, wie man innerhalb der Koalitionswirklichkeit die Volksparteien wieder festigen und stabile Mehrheiten erreichen könne. Nichtsdestotrotz ist auch hierfür eine weitere Professionalisierung des Koalitionsmanagements notwendig.

Am Ende dieses Themenblocks wandte sich **Martin Florack, M.A.**, Universität Duisburg-Essen dem Koalitionsmanagement des Landes Nordrhein-Westfalen zu. Ein dosierter Parteienwettbewerb brauche Institutionen. Dadurch entstehe ein Spannungsfeld zwischen einem stark formalisiertem Koalitionsmanagement wie etwa Kabinettsitzungen und informellem Koalitionsmanagement. So finde auch die institutionelle Ausgestaltung des Koalitionsmanagements auf unterschiedlichen Ebenen statt. Zwischen den Institutionen und den Akteuren des Koalitionsmanagements finden immer wieder Prozesse der Stabilisierung und des Wandels statt, die in unterschiedliche Stufen eingeteilt werden können.

Speziell für Nordrhein-Westfalen konnte Florack für die Zeit ab 1995 vier unterschiedliche Epochen des Koalitionsmanagements erkennen. Während von 1995 – 1998 Ministerpräsident Johannes Rau mehr oder weniger die Rolle des Vermittlers zwischen den Koalitionspartnern übernahm und somit neue institutionelle Regeln des Koalitionsmanagements einführte, war die Regierungszeit Wolfgang Clements von der Vernachlässigung und Bedeutungsänderung alter Regeln geprägt. Nicht nur innerhalb der Koalition auch innerhalb der SPD hatte es mangelnde Abstimmungsprozesse gegeben, die zu Alleingängen des Ministerpräsident führten. Die rot-grüne Koalition unter Peer Steinbrück fuhr wieder einen etwas moderateren Kurs und führte nur neue institutionelle Spielregeln, wie etwa erneute Koalitionsverhandlungen während der Legislaturperiode, ein. Die derzeit regierende Koalition aus CDU und FDP unter Jürgen Rüttgers veränderte die Bedeutung der Regeln des Koalitionsmanagements. So wurde etwa der Koalitionsausschuss als Routineinstrument formalisiert und die Staatssekretärskonferenz als zentrale Stelle zur Konfliktbereinigung eingeführt. Dem Kabinett fällt somit nur noch eine reine Beschlussfunktion zu.

Florack kam daher zu dem Schluss, dass die Kooperation in der Koalition nur durch „entsprechendes Akteurshandeln“ gewährleistet und ohne eine „Verbindung von Parteien- und Koalitionsarena“ nicht erfolgreich zu verwirklichen sei. Gleichzeitig setzten auch bundespolitische Einflüsse den zentralen Rahmen für Koalitionsbildung und –management.

Den dritten thematischen Block bildete die Frage nach der Regionalisierung nationaler Parteien im internationalen Vergleich sowie eine genauere Betrachtung der Fälle Italien und Belgien.

Einen „nationalen Bias in der Parteienforschung“ erkannte **PD Dr. Klaus Detterbeck** von der Universität Magdeburg. Als Gegenposition dazu könne man aber eine „Renaissance territorialer Differenzierung“ sehen. Der subnationale Parteienwettbewerb gewinnt an Bedeutung und die Beziehungen zwischen nationalen und subnationalen Parteien werden immer komplexer und konfliktreicher.

Betrachtet man den Parteienwettbewerb in europäischen Mehrebenensystemen so zeigt sich ein „hohes Niveau elektoraler Differenzierung zwischen nationaler und regionaler Ebene“, steigende Asymmetrien der Parteiensysteme sowie wachsende Inkongruenzen bei der Regierungsbildung zwischen den beiden Ebenen. Diese zunehmende Heterogenität der Regierungsbildung kann auf zwei Komponenten zurückgeführt werden. Zum einen nehmen inkongruente Koalitionen, also unterschiedliche Kooperationspartner auf unterschiedlichen Ebenen, stetig zu. Zum anderen entstehen auf den beiden Ebenen häufig gegenläufige Mehrheiten.

Für die Parteien selbst bedeutet diese neue Form der Mehrebenenpolitik, dass sie ihre Organisationsstrukturen und Strategien anpassen müssen. Dabei klassifiziert Detterbeck Parteien nach dem Grad der vertikalen Integration („shared-rule“) und dem Grad der subnationalen Autonomie („self-rule“). Demnach kommt er zu dem Schluss, dass sich in Deutschland und Österreich ein Wandel „von einem unitarischen zu einem stärker ausgeprägten föderalen Parteimodell“ vollziehe. Für Belgien spricht er von einer „Bifurcation à la Belge“, also einer Spaltung des Parteiensystems entlang linguistischer Grenzen. In Spanien und Großbritannien hingegen ist die Beteiligung regionaler Eliten nur schwach vorhanden. Der Grad der Autonomie ist jedoch ziemlich unterschiedlich. Während in Spanien die regionalen Aktivitäten durch die Parteizentralen stark überwacht werden, besitzen die regionalen Verbände der britischen Parteien relativ starke Autonomie, so dass Detterbeck im Falle Spaniens von einem „zentralistischen Parteimodell“ und im Falle Großbritanniens von einem „autonomen Parteimodell“ spricht. Als Erklärungsansätze hierfür gelten der gesellschaftliche Kontext, der institutionelle Rahmen, Traditionen und Ideologien von Parteien sowie deren aktuelle Strategien.

Den Fall Italien betrachtete im Anschluss **Dipl. Pol. Julia Oberhofer**, Universität Erlangen-Nürnberg. Der Prozess der Dezentralisierung in Italien ist ein sehr junges Phänomen, der von oben herab in Gang gesetzt wurde ohne den Regionen eine große Bedeutung beizumessen. Dazu kommt die Problematik einer stark zentralistischen Ausrichtung der Parteien. Dennoch ist vor allem im Norden Italiens ein stärkerer Trend zu nationalem Bewusstsein zu erkennen, der auch zur Gründung der Lega Nord führte. Zwar wurden mit der Verfassungsreform von 2001 durch die Einführung der Direktwahl eines Regionalpräsidenten und Stärkung der regionalen Exekutive wichtige Schritte hin zu einer größeren Bedeutung der Regionen gemacht, der Prozess ist jedoch bei weitem noch nicht abgeschlossen.

Betrachtet man das Parteiensystem so hatte dieser Prozess bis in die neunziger Jahre kaum Auswirkungen auf Inhalte und Organisationsstrukturen. Dennoch ging mit einer Stärkung der Regionen auch eine Herausbildung einer regionalen Elite einher, deren Einfluss auch auf nationaler Ebene vorhanden ist. Seit einigen Jahren ist die Dezentralisierung allerdings auch bei den Parteien angekommen.

Regionale Interessen werden bei Bedarf auch über Parteigrenzen hinweg vertreten und die regionalen Besonderheiten betont. Trotzdem werden die regionalen Wahlen weiterhin von nationalen Themen dominiert.

Die aktuelle Mitte-Rechts-Koalition unter Silvio Berlusconi ist immer noch stark hierarchisch organisiert, besitzt allerdings auch einige starke Regionalpräsidenten. Der Erfolg auf regionaler Ebene hängt immer mehr von Personen mit regionalem Bezug und regionalem Interessen ab, dem die Struktur der Partei allerdings nicht gerecht wird. Die mitte-links Partei Partito Democratico versteht sich zwar als „föderale Partei“, die Einbindung der Regionen in die Organisationsstruktur und nationale Entscheidungsprozesse ist allerdings nur gering. Dennoch wird durch Einführung von Vorwahlen versucht, die territoriale Selbstständigkeit unabhängig von der nationalen Parteiführung zu betonen.

Über den „Föderalismus nach Belgischer Art“ referierte **Prof. Dr. Frank Delmartino** von der Universität Leuven. Belgien ist ein föderaler Staat, der sich aus Gemeinschaften und Regionen zusammensetzt. Die Regionen gestalten sich aufgrund sprachlicher Differenzierungen: Flandern im Norden, Wallonien im Süden und die zweisprachige Region um die Hauptstadt Brüssel. Obwohl es noch drei kleinere sprachliche Gemeinschaften, darunter auch eine deutschsprachige Minderheit, in Belgien gibt, spricht man dennoch von einer „bipolaren Föderation“.

Durch die starke sprachliche Trennlinie zwischen Flamen und Wallonen konnte sich nur schwer eine belgische Identität entwickeln, die bis heute nur sehr gering ausgeprägt ist. Daher findet man in Belgien auch keine nationalen Parteien mehr. Sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf regionaler Ebene agieren Parteien, die nur in einem der sprachlichen Räume existieren und legitimiert sind. Bezüglich der Koalitionsbereitschaft mit einer „Schwesterpartei“ aus einer anderen Region kann man zwei Parteiklassen unterscheiden. Die traditionellen Parteien wie die Christdemokraten, die Liberalen, die Sozialisten und die Grünen meistens zu überregionalen Koalitionen bereit. Sogenannte „Nische-Parteien“ wie die Flämischen Nationalisten oder das rechtsradikale Vlams Belang hingegen sind zu keinen Koalitionen bereit und setzen sich auch nur für regionale Interessen ein. Dennoch können die föderalen Interessen nicht wirklich vertreten werden, da es einerseits keine Möglichkeit für die Bürger gibt, sich zum Nationalstaat zu bekennen und andererseits die Politiker in nur einer Region gewählt werden und sich dieser dann auch verantwortlich fühlen.

Durch die notwendige Anpassung der Parteien an das belgische System können auch regionale Parteien Regierungsverantwortung auf allen Ebenen wahrnehmen. Dennoch ist die Akzeptanz der Asymmetrien in der politischen Zusammensetzung der Regierung bis heute problematisch.

Nur in einigen wenigen Feldern wie etwa der Europapolitik kommt der Kooperationsföderalismus zum tragen. Premier Letemme versucht in jüngster Zeit die Politik der Regionen und Gemeinschaften zu koordinieren. Doch auch hier gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Interpretation des Föderalismus selbst innerhalb einer gemeinsamen Partei. Während Letemme immer wieder versucht, den Kooperationsföderalismus zu stärken, bekannt sich die flämische Regierung um Ministerpräsident Peters eher zum Koföderalismus. Daher sieht Delmartino noch immer einen „fehlenden Konsens über die Grundstruktur des post-unitären Belgien“.

Der letzte Themenblock behandelte die Interessenswahrnehmung selbstständiger Landesparteien wie die CSU oder die Südtiroler Volkspartei (SVP).

Dr. Andreas Kießling beschäftigte sich mit der Rolle der CSU nach der Bundestagswahl 2005. Dort musste die CSU herbe Verluste hinnehmen und zog nur noch als kleinste Partei in den Bundestag ein. Zudem traf sie der Rückzug von Edmund Stoiber vom Amt des Bundeswirtschaftsministers. Dieser Schock verschob die gesamten Machtstrukturen innerhalb der Partei und gipfelte im Rücktritt Stoibers vom Ämtern des Bayerischen Ministerpräsidenten und des Parteivorsitzenden der CSU.

Nach der Kanzlerkandidatur Stoibers und dem Gewinn der Zweidrittelmehrheit bei der bayerischen Landtagswahl 2003 verringerten sich nicht nur die Zustimmungswerte der CSU vielmehr verschoben sich auch die Machtverhältnisse in Berlin wieder in Richtung CDU, die nun mit Angela Merkel die Parteivorsitzende auch an die Spitze der Bundestagsfraktion gestellt hatte.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 stellte die CSU vor schwierige Herausforderungen. Als kleinster Partner einer Großen Koalition galt es, sichtbar zu bleiben und Einfluss zu behalten. So erhielt die CSU das Wirtschaftsressort und nominierte dafür den bisherigen Vorsitzenden der Landesgruppe Michael Gloß. Außerdem konnte die CSU mit Horst Seehofer das für Bayern wichtige Landwirtschaftsministerium besetzen. Während der Großen Koalition konnte die CSU immer wieder kleinere Erfolge verbuchen und versuchte auch immer wieder konservative Elemente in die für die Union neuen Ansätze in die Politik der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen einzubringen. Als weiteres problematisches Politikfeld erwies sich dabei die Gesundheitspolitik, bei der schon die Eckpunkte der Reform auf scharfe Kritik der CSU stießen.

Im Herbst 2007 vollzog sich der Wechsel sowohl an der Spitze der CSU als auch an der Spitze der Bayerischen Regierung. Daraufhin schien zu Beginn des Jahres 2008 die schlechte Stimmung in der Bevölkerung vorerst vergessen und das Ziel „50 plus x“ wieder in Reichweite. Dennoch verlor die CSU bei der Landtagswahl 2008 die absolute Mehrheit und musste mit nur 43,4 % das schlechteste Ergebnis seit 1950 hinnehmen. Natürlich war dieses Ergebnis für die CSU schockierend, da niemand mit einem solch schlechten Abschneiden gerechnet hatte. Dementsprechend hatte dieses Wahlergebnis auch Konsequenzen in der CSU-Führung. Nicht nur Generalsekretärin Christine Haderthauer sondern auch Parteivorsitzender Erwin Huber und Ministerpräsident Günther Beckstein traten zurück und machten den Weg frei für Horst Seehofer, der die Ämter Ministerpräsident und Parteivorsitzender wieder vereinte. Gleichzeitig trat man in eine Koalition mit der FDP ein, die unter allen denkbaren Varianten am unproblematischten schien.

Nur knapp neun Monate später stand die neue Führungsspitze mit der Europawahl vor der ersten Bewährungsprobe. Mit 48,1 % schnitt hier die CSU wieder deutlich besser ab, was vor allem auf den innenpolitischen Auftritt der Union in Zeiten der Finanzkrise und die gute Arbeit des neuen Wirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg zurückzuführen war.

Der Erfolg bei der Europawahl war für die CSU ein guter Ausgangspunkt für die Bundestagswahl im Herbst 2009. Das Resultat hingegen war zwiespältig. Zum einen war eine Koalition der Union mit der FDP jetzt auch auf Bundesebene möglich, zum anderen jedoch musste die Partei mit 42,5 % der Zweitstimmen das schlechteste Ergebnis seit 1949 hinnehmen. Dennoch erhielt die CSU mit dem Verteidigungs-, dem Landwirtschafts- und dem Verkehrsministerium ein Ressort mehr als noch in der Großen Koalition.

Für die CSU bedeutet dies eine komplette Neuausrichtung. Zwar bleibt eine Asymmetrie im bayerischen Parteiensystem zugunsten der CSU, die Zeiten der Alleinregierung sind jedoch vorbei. Eine Profilierung als bayerische Staatspartei

ist nicht mehr so leicht möglich wie bisher. Daher wird zukünftig die Definition und Umsetzung von Kompetenzschwerpunkten für sie von größerer Bedeutung sein.

Die Rolle der Südtiroler Volkspartei im römischen Parlament betrachtete dabei **Prof. Dr. Günther Pallaver** von der Universität Innsbruck. Die SVP ist eine ethnische Sammelpartei für die deutschsprachige und die ladinische Bevölkerung Südtirols und strebt größtmögliche Autonomie für Südtirol an. Sie ist auf allen politischen Ebenen mit Mandatsträgern vertreten.

Allgemein nimmt die Bedeutung ethnoregionaler Parteien immer mehr zu. Neben Regierungsbeteiligungen auf regionaler Ebene, besitzen manche Parteien bereits Regierungsbeteiligungen auf staatlicher Ebene, wie etwa in Belgien. Die SVP hingegen setzt mehr auf die Unterstützung der staatlichen Ebene von außen. Analysiert man die Wahlsysteme und die Auswirkungen auf die parlamentarische Vertretung der SVP so erkennt man, dass sie fast immer mit drei Vertretern in der Kammer und zwei Vertretern im Senat vertreten war. In der zweiten Republik schloss die SVP Wahlbündnisse mit Ulivo, sodass man sie eindeutig zu einem Mitte-Links-Bündnis zuzuordnen kann. 2008 schloss sie Abkommen mit anderen autonomistischen Parteien, da sie aufgrund der Blockfreiheit Stimmen und Mandate verloren hatte. Betrachtet man die politische Relevanz der SVP so bestand in der Ersten Republik ein hohes Koalitionspotential, welches allerdings nie benötigt wurde. In der Zweiten Republik hingegen schwächte sich das Koalitionspotential deutlich ab. Zwar ist es mit Mitte-Links-Regierungen aufgrund der Autonomiefreundlichkeit immer noch hoch, bei Mitte-Rechts-Regierungen aufgrund der Reserviertheit gegenüber Autonomiebestrebungen und partieller ideologischer Distanz ziemlich gering. So war die SVP auch Mehrheitsbeschaffer für die Regierung Prodi von 2006 bis 2008. Dennoch lehnt die SVP Regierungsbeteiligungen ab, da sie keine politische Verantwortung für den „fremdnationalen“ Staat übernehmen will und symbolische Vorbehalte gegenüber dem italienischen Staat bestehen.

Seit den 1980er Jahren nimmt die SVP neben Autonomiethemen auch vermehrt gesamtstaatliche Themen in ihr Spektrum auf. In der Parlamentsarbeit weisen die SVP-Parlamentarier einen hohen Bekanntheitsgrad auf und besitzen ein Kompetenz-Image bei Fragen zu den Themen Föderalismus, Autonomie oder Minderheiten. Dennoch nehmen sie eine „defensive Funktion“ ein.

Außerdem besteht mit Österreich eine enge Zusammenarbeit. Die Südtiroler Volkspartei nimmt die Interessensvertretung Österreichs im italienischen Parlament wahr, wobei Österreich bei bestimmten Fragen auch ein Interventionsrecht besitzt.

Zum Abschluss der Tagung wurden die Koalitionen in Bayern und im Bund aus journalistischer Sicht betrachtet. Dazu nahmen **Katja Auer** von der Süddeutschen Zeitung und **Markus Jox** von der Münchner Abendzeitung auf dem Podium Platz.

Auer konnte von einem überraschend gutem Verhältnis der Koalition in München berichten, die trotz der schlechten Ausgangsbedingungen bisher gut harmoniert. Die Krise der Landesbank hat beide Koalitionspartner von Beginn an geeint, sodass Streitigkeiten wenn überhaupt nur im Hintergrund auftreten. Das Hauptproblem der FDP sei es, dass sie kein bayerisches Profil entwickelt habe und nur gewählt wurde, um der CSU einen Partner zur Seite zu stellen.

Die Segmentierung innerhalb der Koalition gestaltet sich bisweilen schwierig, da die CSU das Thema Wirtschaft der FDP trotz Ressortprinzips nicht ohne weiteres

überlassen kann. Dennoch hat die FDP erreicht, sich im Wissenschaftsministerium einige Profilierungsmöglichkeiten zu schaffen.

Im Vergleich zu den Zeiten der Alleinregierung der CSU haben sich nun die Entscheidungsgremien verlagert. Einer schwachen Landtagsfraktion stehe ein starker Ministerpräsident Seehofer gegenüber, der die Agenda dominiert. Für die Zukunft sieht Auer, dass sich die christlich-liberale Koalition langsam etabliere und sich längerfristig halten werde.

Markus Jox hingegen sprach von der schwierigen Situation der schwarz-gelben Koalition in Berlin. Zum einen besitze die Koalition keinen Projektcharakter, zum anderen „spielt die Union auch weiterhin mit allen anderen Koalitionsmöglichkeiten“. Dennoch dominiert momentan die FDP die Agenda der Bundesregierung. Überrascht reagierte er auf den Streit auf „erster Ebene“ zwischen Kanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Guido Westerwelle. Das Problem der FDP sei es, dass sie neben Westerwelle keine herausragende Persönlichkeiten besitze. Für den Fall des Verlustes der Bundesratsmehrheit für schwarz-gelb nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sieht er die Union gerüstet. Schwieriger könnte die Situation für die FDP werden.